

Öffentliche Niederschrift

über die 23. Sitzung
des Hauptausschusses am 22.04.2013
im Ratssaal, Rathaus, Berliner Str. 70, 33330 Gütersloh

Sitzungsbeginn: 17:05 Uhr
Sitzungsende: 18:46 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzende:

1. Unger, Maria;

Mitglieder:

2. Dr. Bethlehem, Siegfried; SPD
3. Brambrink, Ann Katrin; SPD
4. Dr. Büscher, Wolfgang; FDP
5. Feldhans, Gerhard; CDU
6. Fiekas, Marita; CDU
7. Dr. Foerster, Thomas; CDU 17:08 - 18:46 Uhr
8. Hanneforth, Georg; CDU
9. Hollenhorst, Ingrid; CDU
10. Jost, Hans-Peter; SPD vertritt Annette Kornblum
11. Kalley, Peter; UWG
12. Kockentiedt, Christa; SPD vertritt Irene Albers
13. Kollmeyer, Heiner; CDU
14. Mantovanelli, Marco; GRÜNE
15. Mörs, Sylvia; BfGT vertritt Norbert Morkes
16. Niemann-Hollatz, Birgit; GRÜNE
17. Ostermann, Thomas; SPD

Es fehlen:

Albers, Irene
Kornblum, Annette
Morkes, Norbert

Weiter nehmen teil:

Von der Verwaltung:

Lang, Christine; Erste Beigeordnete
Kimpel, Andreas; Beigeordneter
Martensmeier, Joachim; Geschäftsbereichsleiter
Dr. Kremer, Markus; Fachbereich Personal, Organisation, Referat des Rates und der Bürgermeisterin
Dr. Menke, Elisabeth; Organisationseinheit Zentrale Öffentlichkeitsarbeit und Repräsentation
Monscheidt, Norbert; Fachbereich Finanzen
Ottensarend, Ute; Fachbereich Personal, Organisation, Referat des Rates und der Bürgermeisterin
Dr. Zirbel, Michael; Fachbereich Stadtplanung
Gausemeier, Gabriele; Fachbereich Personal, Organisation, Referat des Rates und der Bürgermeisterin – Schriftführerin

1 Vertreter der Medien
7 Zuschauer

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung
3. Mitteilungen der Bürgermeisterin
4. Bericht zur Beschlussumsetzung
5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
6. Mitgliedschaft im " Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V."
-DS-NR.: 100/2013-
7. Gutachterausschuss für Grundstückswerte in der Stadt Gütersloh
Wiederbestellung von ehrenamtlichen Mitgliedern des Gutachterausschusses
-DS-NR.: 79/2013-
8. Wertung des Bürgerhaushaltes 2013
Entscheidung über die Durchführung eines Bürgerhaushaltes 2014
-DS-NR.: 31/2013-
9. Konversion 2013:
 1. Organisation des Konversionsprozesses
 2. Einrichtung einer befristeten Stelle**-DS-NR.: 108/2013-**
10. Fragen der Ausschussmitglieder
11. Verschiedenes

Vorsitzende Maria Unger begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Hauptausschusses fest.

Öffentliche Sitzung

1. Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung

Keine Einwendungen

2. Anträge auf Änderung der Tagesordnung

Es liegt ein Vertagungsantrag der BfGT-Fraktion zu Punkt 9 – Konversion 2013 – vor. Die Mitglieder des Hauptausschusses sind damit einverstanden, unter Punkt 9 erst über die Vorlage zu diskutieren und dann über den Vertagungsantrag abzustimmen.

3. Mitteilungen der Bürgermeisterin

Keine Mitteilungen

4. Bericht zur Beschlussumsetzung

Frau Unger verweist auf den der Einladung beigefügten Bericht.

Herr Kollmeyer fragt zu der Eingabe zur Erweiterung des Kinderspielplatzes Theo-Reckmeyer-Straße um eine Tischtennisplatte, warum aus haushaltsrechtlichen Gründen die Maßnahme in diesem Jahr nicht durchgeführt werden könne, da eine vorhandene Tischtennisplatte versetzt werden solle.

Frau Lang verspricht, die Maßnahme zügig umzusetzen. Die Maßnahme werde aus der Sammelposition „Erneuerung von Spielgeräten“ bezahlt.

Herr Kollmeyer interessiert der Zeitplan zum Prüfauftrag „Errichtung eines mobilen Spielplatzes auf dem Kolbeplatz“. Eine Realisierung des Projektes bis zum 30.06.2014 sei gut.

Frau Lang erläutert, während der Baumaßnahme mache es keinen Sinn, einen Spielplatz zu errichten. Die Fertigstellung der Baumaßnahme solle abgewartet werden. Der Fachbereich Grünflächen prüfe noch eine andere Möglichkeit, die im Umweltausschuss vorgestellt werden solle.

Frau Hollenhorst merkt an, wenn der Prüfauftrag bis zum 30.06.2014 erledigt würde, sei die Sommersaison 2014 gelaufen, bis die Baumaßnahme durchgeführt sei.

Frau Lang erwidert, das Ergebnis des Prüfauftrages solle Ende dieses Jahres vorgelegt werden. Zu Beginn der Sommersaison 2014 sei die Maßnahme dann voraussichtlich abgeschlossen.

5. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW

Es liegen keine Anregungen und Beschwerden vor.

6. Mitgliedschaft im " Förderverein Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege e. V." -DS-NR.: 100/2013-

Herr Kalley erklärt, die UWG werde der Mitgliedschaft nicht zustimmen.

Herr Kollmeyer weist darauf hin, auch die CDU wolle keine zusätzlichen freiwilligen Leistungen. Der Betrag von 500,00 € sei jedoch in diesem Fall eine ideelle Unterstützung, auch mit Rücksicht darauf, was bisher geleistet worden sei, und insofern symbolisch. Die CDU-Fraktion stimme daher zu.

Herr Dr. Büscher und Herr Ostermann schließen sich Herrn Kollmeyer an.

Empfehlung an den Rat:

Die Stadt Gütersloh unterstützt die Arbeit der „NRW-Stiftung“ durch eine Mitgliedschaft im „Förderverein NRW-Stiftung“.

Mitgliedschaftsrechte (z. B. in der Mitgliederversammlung) werden durch die Bürgermeisterin oder eine/einen von ihr beauftragte/n Bedienstete/Bediensteten wahrgenommen.

Ergebnis:

Beschlossen mit

16 Ja-Stimme(n), (6 CDU, 5 SPD, 2 GRÜNE, 1 BfGT, 1 FDP, 1 BM)

1 Nein-Stimme(n) (1 UWG)

**7. Gutachterausschuss für Grundstückswerte in der Stadt Gütersloh
Wiederbestellung von ehrenamtlichen Mitgliedern des Gutachterausschusses
-DS-NR.: 79/2013-**

Frau Niemann-Hollatz fragt, ob es noch andere Bewerber gebe.

Frau Unger schlägt vor, dass die Frage in der nächsten Ratssitzung beantwortet werde.

Empfehlung an den Rat:

Der Bezirksregierung Detmold wird vorgeschlagen, folgende Personen für weitere 5 Jahre als ehrenamtliche Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Gütersloh wieder zu bestellen:

Herrn Horst Lomberg (Architekt)
Herrn Jürgen Pähler (Architekt)
Herrn Peter Oesterhelweg (Immobilienkaufmann)
Herrn Harald Rempe (Immobilienkaufmann)
Herrn Gerhard Kattenstroth (Landwirt)

Ergebnis:
Einstimmig beschlossen bei 2 Stimmenthaltung(en)
(2 GRÜNE).

**8. Wertung des Bürgerhaushaltes 2013
Entscheidung über die Durchführung eines Bürgerhaushaltes 2014
-DS-NR.: 31/2013-**

Herr Kalley stellt fest, die UWG-Fraktion habe den Bürgerhaushalt schon vor 2 Jahren kritisch gesehen und er stimme dafür, den Bürgerhaushalt auszusetzen.

Er stellt folgenden Antrag:

„ Nach Bekanntmachung des Haushaltsentwurfs können Einwohner und Abgabepflichtige mindestens 14 Tage lang Einwendungen vortragen.

Rechtsgrundlage ist der § 80 Absatz 3 Erlass der Haushaltssatzung in der Gemeindeordnung NRW. Diese Frist von 14 Tagen ist eine gesetzliche Mindestfrist, sie kann verlängert werden.

Die UWG beantragt, dass diese Frist ab dem kommenden Haushalt von der Einbringung des Haushalts in den Rat bis eine Woche vor der Sitzung des Finanzausschusses, die dem Haushaltsbeschluss des Rates vorausgeht, verlängert wird. “

Herr Kollmeyer bedankt sich für die gute Vorlage der Verwaltung. Er erklärt, die Zahl der Nutzer sei noch mal deutlich zurückgegangen und die CDU-Fraktion spreche sich dafür aus, den Bürgerhaushalt auszusetzen. Er finde den Antrag der UWG sympathisch. Die Frist bis 1 Woche vor der Finanzausschusssitzung sei jedoch für die weitere Arbeit wahrscheinlich zu kurz.

Herr Mantovanelli stellt fest, die Beteiligungsquoten beim Bürgerhaushalt seien enttäuschend, und es sei deshalb richtig, den Bürgerhaushalt in der Form nicht weiterzuführen. Er stimme dem Antrag der UWG zu. Es sei wichtig, die Frist für die Einwendungen zu verlängern.

Frau Mörs schließt sich Herrn Mantovanelli an. Die BfGT sei vom Bürgerhaushalt enttäuscht und das Ergebnis sei ernüchternd. Sie lobt den hohen Einsatz der Verwaltung, und die BfGT stimme der Vorlage der Verwaltung zu. Sie fragt nach der in der Vorlage angebotenen bürgerorientierten Haushaltsbroschüre.

Frau Lang erläutert, wenn personelle Kapazitäten vorhanden seien, sollten in einer Broschüre wesentliche Leistungen mit den zugehörigen Kosten, die für die Bürger interessant seien, zusammengefasst werden.

Herr Ostermann schließt sich Herrn Mantovanelli und Frau Mörs an. Er finde es bedauerlich, dass der Bürgerhaushalt nicht mehr Interesse gefunden habe. Die Wertung der Verwaltung sei richtig, und er stimme der Vorlage zu.

Herr Dr. Büscher stimmt ebenfalls der Aussetzung des Bürgerhaushalts zu. Er weist auf eine Vorlage der Verwaltung aus der jüngsten Vergangenheit zur Bürgerbeteiligung hin. Die Stadt müsse sich bei der Bürgerbeteiligung nicht verstecken.

Herr Kalley weist darauf hin, die Broschüre müsse für die Bürger verständlich sein.

Frau Lang erläutert, eine längere Einwendungsfrist für Bürger bis 14 Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses sei möglich.

Herr Ostermann fragt, welche Wirkung eine Einwendung zum Haushalt habe.

Frau Lang erwidert, die Einwendungen müssten dem Rat zur Kenntnis gegeben werden, und der Rat müsse dann darüber entscheiden.

Frau Unger lässt zuerst über den Antrag der **UWG- Fraktion** abstimmen:

Beschluss:

Nach Bekanntmachung des Haushaltsentwurfs können Einwohner und Abgabepflichtige mindestens 14 Tage lang Einwendungen vortragen.

Rechtsgrundlage ist der § 80 Absatz 3 Erlass der Haushaltssatzung in der Gemeindeordnung NRW. Diese Frist von 14 Tagen ist eine gesetzliche Mindestfrist, sie kann verlängert werden.

Diese Frist wird ab dem kommenden Haushalt von der Einbringung des Haushalts in den Rat bis 14 Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses, die dem Haushaltsbeschluss des Rates vorausgeht, verlängert.

Ergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Anschließend wird über die Vorlage der Verwaltung abgestimmt:

Beschluss:

1. Der Wertung des Bürgerhaushalts 2013 durch die Verwaltung wird zugestimmt.
2. Für den Haushalt 2014 soll der Bürgerhaushalt ausgesetzt werden.

Ergebnis:

Einstimmig beschlossen.

9. **Konversion 2013:**
1. **Organisation des Konversionsprozesses**
2. **Einrichtung einer befristeten Stelle**
-DS-NR.: 108/2013-

Es liegt ein Vertagungsantrag der **BfGT-Fraktion** vor. Über den Antrag soll nach der Diskussion abgestimmt werden.

Herr Kollmeyer erklärt, die CDU-Fraktion stehe einem Vertagungsantrag grundsätzlich positiv gegenüber. Die Vorlage sei mit heißer Nadel zusammengestrickt, und er sei überrascht über die zusätzliche Stelle. Die CDU-Fraktion stehe der befristeten Stellengründung kritisch gegenüber. Er habe die Sorge, dass Doppelstrukturen geschaffen würden und schlage vor, zu versuchen mit dem vorhandenen Personal und externem Sachverstand auszukommen. Die Politik habe in der letzten Sitzung des Hauptausschusses deutlich gemacht, dass im Lenkungskreis auch die Nachbarkommunen, der Kreis und die Bezirksregierung vertreten sein sollten. Er könne nicht akzeptieren, dass sie in dieser Vorlage fehlen. Die CDU-Fraktion werde beide Punkte ablehnen.

Herr Dr. Büscher stimmt Herrn Kollmeyer weitgehend zu. Die Stadt habe eine Jahrhundertaufgabe zu bewältigen, und das sei in der konkreten Phase nicht ohne zusätzliches Personal zu schaffen. Die Konversionsflächen am Niederrhein seien mit guten Erfahrungen durch Entwicklungsgesellschaften erschlossen worden. Er schlage daher vor, möglichst bald eine Entwicklungsgesellschaft zu gründen, mit dem Land zu verhandeln und bestmögliches Personal zu suchen. Die Standortkommune solle Hauptgesellschafter sein. Interkommunaler Konsens sei erforderlich, um ein Gewerbegebiet auf dem Flughafengelände zu realisieren. Deshalb gebe es kein Votum der FDP für die zusätzliche Stelle, sondern für die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft.

Herr Mantovanelli weist darauf hin, dass der Konversionsprozess stadthistorisch sei, und er rege an, die Vorlage noch mal zu überarbeiten. Er meint, im Lenkungskreis fehlten die Nachbarkommunen, der Kreis und die Wirtschaftsförderung, andererseits könne man auf die fraktionslosen Ratsmitglieder verzichten. Es müsse ein Dreiklang geschaffen werden zwischen Gewerbeansiedlung, Freizeitnutzung und Biotopen. Bezüglich der zusätzlichen Stelle bitte er, zu prüfen, ob durch eine Umorganisation notwendige Ressourcen freigesetzt werden könnten.

Herr Ostermann stellt fest, es sei viel Kritik geäußert worden. Erläuterungen zur interkommunalen Zusammenarbeit seien in der Vorlage enthalten und ein Lenkungskreis müsse klein gehalten werden, um handeln zu können. Die Bezirksregierung, der Kreis und die Nachbarkommunen würden in den Arbeitsgruppen eingebunden. Herr Dr. Zirbel habe schon früher darauf hingewiesen, dass die zusätzliche Stelle notwendig sei. Er bitte, noch mal zu überlegen, ob es nicht sinnvoll sei, das Lenkungsgremium möglichst klein zu halten. Die SPD stimme der Vorlage zu.

Herr Kalley stimmt Herrn Kollmeyer zu. Er spreche sich auch für die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft aus. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung des Konversionsprozesses in der Vorlage fehle.

Frau Mörs vertritt die Ansicht, es sei sinnvoll, dass Herr Schulz an diesen Diskussionen auch teilnehmen könne. Sie vermisse auch die Bezirksregierung, den Kreis und die Nachbarkommunen im Lenkungskreis. Sie halte den Vertagungsantrag aufrecht und lehne die Vorlage ab.

Frau Unger erklärt, die personelle Verstärkung sei für das Jahrhundertprojekt unbedingt erforderlich. Sie lasse nicht gelten, dass die Vorlage mit heißer Nadel gestrickt sei. Eine gewisse Dynamik sei durch die Verkündung der konkretisierten Abzugspläne Anfang März entstanden. Da die Stadt auch erst Anfang März erfahren habe, dass die Briten bereits 2016 aus Gütersloh abziehen, sei es erforderlich, schon jetzt die befristete Stelle zu gründen. Im Vergleich zu anderen Städten vergleichbarer Größe befinde sich Gütersloh mit 17 Stellen im Fachbereich Planung im unteren Bereich. Außerdem stellten neben dem Flughafen auch 2017 das Gelände der Mansergh Barracks an der Verler Straße und die freiwerdenden Wohnungen die Stadt vor große Herausforderungen. Die

Stadt sei zur Zeit noch nicht so weit, dass eine Entwicklungsgesellschaft gegründet werden könne, die außerdem Kosten verursache. Aber sie verschließe sich dem nicht. Für die Stadt stehe fest, dass es auf ein interkommunales Gewerbegebiet hinauslaufen solle, und sie suche den interkommunalen und regionalen Konsens. Sie betont, dass der Konversionsprozess der Stadt aus unterschiedlichen Richtungen gelobt worden sei. Die Gemeindeordnung fordere, fraktionslose Ratsmitglieder mit einzubeziehen und nicht von der Information auszuschließen. Sie stimme Herrn Ostermann zu, der Lenkungskreis müsse überschaubar sein. In den Arbeitsgruppen seien auch die Umweltverbände vertreten. Sie habe sich mit Herrn Schulz bezüglich der Organisation des Konversionsprozesses und über die zusätzliche Stelle abgestimmt.

Herr Dr. Foerster schlägt vor, die Vorlage noch mal zu überarbeiten. Grundsatzentscheidungen müssten richtig getroffen werden.

Herr Dr. Zirbel stellt fest, das Jahrhundertprojekt sei nicht mit den vorhandenen Ressourcen machbar. In diesem Jahr sei Gütersloh mit der Hilfe der Landesgesellschaft NRW.Urban gut aufgestellt. Für die Zeit danach könnte es auf eine Entwicklungsgesellschaft hinauslaufen. Die bisherige Vorgehensweise sei grundsätzlich anerkannt worden.

Frau Niemann-Hollatz unterstützt Herrn Dr. Foerster. Sie finde es auch wichtig, dass Herr Schulz mit eingebunden sei. Sie bitte, die Erfahrungen, die andere Kommunen mit Entwicklungsgesellschaften gemacht haben und die Vor- und Nachteile darzustellen.

Herr Kalley fragt nach neuen Informationen aus dem Bundesverteidigungsministerium.

Herr Kollmeyer vertritt die Ansicht, die Bezirksregierung gehöre unbedingt in den Lenkungskreis. Es sei die letzte Chance, ein großflächiges Gewerbegebiet zu erhalten.

Frau Unger erwidert, es gebe keine neuen Informationen vom Bundesverteidigungsministerium. Sie weist darauf hin, das Gewerbegebiet sei die wichtigste Aufgabe in den nächsten Jahren. Sie bittet die Ausschussmitglieder, den gemeinsamen Konsens im Rat zu erhalten um die große Herausforderung für Gütersloh erfolgreich zu gestalten. Es könnte auf eine Entwicklungsgesellschaft hinauslaufen, aber noch nicht jetzt, da das Gesellschaftsziel noch nicht feststehe.

Frau Unger fasst zusammen, in der Diskussion habe man viele Anregungen erhalten, die in eine neue Vorlage eingearbeitet würden, die dann in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses vorgelegt werde.

Frau Unger lässt über den Vertagungsantrag der BfGT-Fraktion abstimmen:

Empfehlung an den Rat:

Die Entscheidung über die Organisation des Konversionsprozesses sowie die Einrichtung einer befristeten Stelle wird vertagt.

Ergebnis:

Die Entscheidung über diesen Punkt wird einstimmig vertagt.

10. Fragen der Ausschussmitglieder

Keine Fragen

11. Verschiedenes

Keine Meldungen

Maria Unger
Vorsitzende

Gabriele Gausemeier
Schriftführerin